

Ältestenrat soll sich zu Windkraft äußern

TREISBERG FDP Schmittgen will aktuelles Meinungsbild / Kinkel blickt nach Neu-Anspach / Verbandsgemeinde nicht vergessen

SCHMITTEN (mg). Der Sommerrodellbahnbauer Wiegand GmbH hält auch nach dem Tod ihres Gründers und einstigen Firmenchefs Josef Wiegand (der UA berichtete) am dem Vorhaben am Windeck/Feldberg fest. Das teilte die FWG im Rahmen ihres Heringssessens am Aschermittwoch mit (mehr zum Thema auf der folgenden Seite).

Auch das Windkraftunternehmen Abowind hält an seinem Projekt fest, auf dem Pferdskopf in Schmittgen-Treisberg Windkrafttrailer aufzustellen. Die Windmessungen auf dem Pferdskopf haben angeblich sensationelle Werte ergeben, die es lohenswert machen, sogar nur

zwei Windräder zu gleichen Erträgen laufen zu lassen. „Man wird einen Termin vereinbaren, um im Ältestenrat die Meinungen der einzelnen Fraktionen zum Thema Windkraft abzufragen“, sagte FWG-Fraktionsvorsitzender Thomas Willroth dazu.

Das Thema Windkraft nahm der amtierende Bürgermeister von Schmittgen und FWG-Mitglied Marcus Kinkel zum Anlass, nach Neu-Anspach zu blicken, wo fünf Windkraftanlagen in Planung sind. Da er gehört habe, dass Politiker dort wegen ihrer Meinungen bedroht worden seien, hoffe er sehr, dass sich auch in Zukunft noch Leute finden las-

sen, die sich politisch aktiv engagieren wollten. Um möglichst viele Meinungsbilder vor wichtigen Entscheidungen einfließen lassen zu können, wäre der Bürgermeister eigenem Bekunden nach auch gerne zur Aschermittwochsveranstaltung der Schmittgener CDU gegangen. „Aber ich werde ja nicht eingeladen“, sagte Kinkel mit einem Augenzwinkern, der es allerdings ausdrücklich lobte, dass die CDU sich des Themas Bürgerbeteiligung angenommen habe.

Kinkel teilte ferner mit, er halte nach wie vor an seiner Vision einer Verbandsgemeinde Usinger Land fest (der UA berichte). Was in anderen Bundeslän-

dern angenommen werde, könne auch in Hessen funktionieren. „Einen bösen Brief habe ich auf meinen Aufruf hin zwar auch erhalten, aber wir sind mittlerweile mehr als drei Leute, die sich zusammensetzen“, sagte Kinkel. Benötigt würden 20 Ortsteile, damit man Einsparungen beispielsweise bei der Wasserversorgung vornehmen könnte. Da steckt ein riesiges Potenzial dahinter, ist sich Kinkel sicher. „Wir sind nicht die Kostenbeschaffer und auch keine Kostenträger“, sagt Kinkel, „in unserem Land läuft einiges falsch.“ Immer mehr spüre er den Frust der Bürger mit einzelnen Parteien.